

Pressemitteilung

13. Mai 2022

Hohe Preise für Energie und Essen belasten soziale Einrichtungen

Der Paritätische Hessen fordert Ausgleich für die hohe Inflation

Sprunghaft steigende Verbraucherpreise belasten nicht nur einkommensschwache Haushalte, sondern bedrohen auch die soziale Infrastruktur in Hessen. Viele soziale Träger wissen nicht mehr, wie sie die hohen Strom- und Lebensmittelrechnungen oder die hohen Tankkosten begleichen sollen. Betroffen sind Kitas und Jugendhilfeangebote ebenso wie Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, alte oder geflüchtete Menschen, ambulante Dienste und Beratungsstellen ebenso wie stationäre Einrichtungen. „Um alle sozialen Angebote für die Bevölkerung uneingeschränkt und in der gewohnten Qualität aufrecht zu erhalten, müssen Zuschüsse und Entgelte neu berechnet und angepasst werden“, appelliert Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen an die politischen Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen sowie an weitere Kostenträger wie Pflege- und Krankenkassen oder Landeswohlfahrtsverband.

In den Vergütungen und Zuschüssen, die soziale Einrichtungen erhalten, ist die aktuell ungeahnt hohe Inflation aufgrund des Ukraine-Kriegs nicht vorgesehen. Sie werden oft auf Jahre im Voraus festgelegt und reichen nun nicht mehr aus. Hinzu kommt, dass gemeinnützige Organisationen anders als privatwirtschaftliche Unternehmen kaum Rücklagen für Krisensituationen bilden können und viele schon durch die Corona-Pandemie deutliche finanzielle Einbußen hatten.

„Bisher konnten erst in wenigen Bereichen vielversprechende Gespräche zur Abfederung der höheren Kosten geführt werden, etwa bei der Beförderung von Menschen mit Behinderung zu Werkstätten und bei der Tagespflege“, sagt Annette Wippermann, Referentin für Grundsatzfragen beim Paritätischen Hessen. Während viele gewerbliche Dienstleister die Kostensteigerung an ihre Kund*innen weitergeben, ist dies für soziale Einrichtung meist keine Option. Viele Angebote, wie etwa Beratung in Krisensituationen, sind für Klient*innen im Sozialstaat kostenlos. In anderen Bereichen, wie etwa Kinderbetreuung, sind Beitragserhöhungen ebenfalls keine Lösung, gerade in Zeiten, in denen Bürger*innen ohnehin schon unter der Inflation leiden.

Auch auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit brauchen soziale Träger von der hessischen Landesregierung finanzielle Unterstützung, ergänzt Dr. Yasmin Alinaghi: „Beispielsweise können die energetische Sanierung von Gebäuden sozialer Träger und die Nutzung erneuerbarer Energien zum Klimaschutz und zur Unabhängigkeit von Energielieferungen aus Russland beitragen.“

Ansprechpartnerin beim Paritätischen Hessen:

Annette Wippermann
Referentin für Grundsatzfragen
Telefon: 069/955 262-29
E-Mail: annette.wippermann@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org